

MAchtmUT

AKTUELLES AUS
DUISBURG & BERLIN



Nr. 17 – Januar 2020

MAHMUT ÖZDEMİR

IHR
BUNDESTAGSABGEORDNETER



■ **Grußwort des Herausgebers**
Seite 2

■ **Das ändert sich 2020**
Seite 3

■ **Olympische Spiele an Rhein
und Ruhr – Duisburg und die
Rhein-Ruhr-Region können
das!**
Seite 4

■ **Besinnlich jecke Zeiten im
Bundestag**
Seite 5

■ **Übersicht: Treffen mit Inte-
ressenvertretern**
Seite 7

■ **Namentliche Abstimmungen**
Seite 8

■ **Pressemitteilungen**
Seite 14

■ **Özdemir On Tour**
Seite 18

■ **Duisburg in Berlin – Bericht
von unserer Fahrt**
Seite 21

Impressum

■ **V.i.S.d.P.**
Mahmut Özdemir MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. : 030 / 227 73819
mahmut.oezdemir@bundestag.de
www.oezdemir-fuer-duisburg.de





Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2019 war ein politisch ereignisreiches Jahr. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beginnt mit dem neuen Jahr und der frisch gewählten Doppelspitze um Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans ein Abschnitt, dem ich mit viel Zuversicht und Taten-drang entgegenblicke. Aber auch in der Retrospektive hat die SPD in diesem Jahr ihre Regierungsfähigkeit in der Großen Koalition unter Beweis gestellt:

Lange haben wir mit unserem Koalitionspartner gefochten – jetzt ist sie da: Die Grundrente. Wer 35 Jahre lang gearbeitet, Kinder erzogen und Angehörige gepflegt hat, aber nur ein geringes Einkommen hatte, wird in Zukunft mehr bekommen – und zwar unbürokratisch, ohne zum Amt gehen zu müssen.

Auch im Bereich der Bildungsgerechtigkeit hat die SPD mit der Erhöhung des BaföGs und der Einführung eines Mindestlohns für Azubis viel erreichen können. Zudem investieren wir im Rahmen des Digitalpakt Schule in den nächsten fünf Jahren mehr als 31 Millionen Euro in eine moderne digitale Infrastruktur an unseren Duisburger Schulen.

Zudem hat die SPD mit der Schaffung von 15.000 neuen Stellen bei Justiz und Polizei ei-

nen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der inneren Sicherheit geleistet.

Durch das Strukturstärkungsgesetz schafft die Bundesregierung Zukunftsperspektiven für Städte wie Duisburg. Investitionen von knapp 40 Milliarden Euro sollen betroffenen Braun- und Steinkohlegebieten sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dabei unterstützen.

Ein greifbarer Erfolg für Duisburg ist das 50-Millionen-Euro-Paket zur Entwicklung der Stadtteile Alt-Hamborn und Marxloh. Das Besondere an dem damit geförderten städtebaulichen Modellprojekt ist, dass es nicht an starr vorgegebene Maßnahmen geknüpft ist, sondern kreativen Raum für die Ideen der Menschen lässt. Ich freue mich darauf, gemeinsam mit Ihnen unseren Duisburger Norden noch besser zu machen!

Ferner war ich erst im vergangenen Monat beim Spatenstich für die neue A40 Rheinbrücke Neuenkamp. Seit mindestens vier Jahren habe ich mich gemeinsam mit Bärbel Bas auf Bundesebene für die Priorisierung und Förderung des Bauvorhabens eingesetzt. Umso schöner, dass der Bau nun startet und wir erreichen konnten, dass der Bund rund 365 Millionen Euro in die 4,4 Kilometer lange Ausbaustrecke zwischen Duisburg-Hom-

berg und Duisburg-Häfen investiert. Bis 2026 soll die Brücke fertiggestellt sein. Mit dem Neubau schaffen wir neue Perspektiven für Pendler und stärken den Wirtschaftsstandort Duisburg und NRW.

Eine schlechte Nachricht hingegen ist das Scheitern einer Tunnellösung für die A59. Aus Kostengründen sprach sich die NRW Landesregierung von Anfang an gegen den Bürgerwillen und folglich gegen den Tunnel aus. Sie lässt damit eine einmalige Chance für die Stadtteile Meiderich und Hamborn verstreichen. Die SPD Duisburg wird dennoch weiterhin für eine Tunnellösung kämpfen.

Ein weiteres Thema, das ich in dieser Ausgabe nicht unerwähnt lassen will, ist der Stahlstandort Duisburg. Unser Stahl hat Zukunft verdient. Ich stehe solidarisch an der Seite der Stahlarbeiterinnen und Stahlarbeiter und fordere eine transparente Kommunikation und mehr Investitionen in Innovation hier vor Ort.

Bevor ich Sie nun in die spannende Lektüre entlasse, möchte ich Ihnen und Ihren Liebsten – wenn auch leicht verspätet – noch von Herzen alles Gute für das neue Jahr wünschen.

Herzlichst



Mahmut Özdemir MdB



Das ändert sich 2020

Die Bundesregierung hat für 2020 viele Neuerungen auf den Weg gebracht.

Was sich für die Menschen in Duisburg und ganz Deutschland in diesem Jahr ändert, hier im Überblick:

HÖHERE RENTEN – Die rund 21 Millionen Rentnerinnen und Rentner können sich auch 2020 auf deutlich steigende Bezüge freuen. Zum 1. Juli 2020 dürfen die Renten in Westdeutschland um 3,15 Prozent und in Ostdeutschland um 3,92 Prozent steigen.

MEHR GELD FÜR FAMILIEN – Besonders Familien mit kleinen Einkommen werden entlastet - unter anderem mit höheren Kinder- und Grundfreibeträgen. Deutlich mehr Familien profitieren im neuen Jahr vom sogenannten Kinderzuschlag und auch der Unterhaltsvorschuss ist gestiegen.

SCHLIEßUNG VON IMPFLÜCKEN – Zum besseren Schutz vor Masern hat der Bundestag ein Gesetz für eine Impfpflicht beschlossen. Es soll zum 1. März 2020 in Kraft treten.

HÖHERER MINDESTLOHN – Der Mindestlohn ist zum 1. Januar auf 9,35 Euro pro Stunde gestiegen. Die SPD will, dass der Mindestlohn perspektivisch auf 12 Euro steigt.

GÜNSTIGERE BAHNFAHRTEN – Die Mehrwertsteuer für Bahntickets im Fernverkehr sinkt 2020 von 19 auf 7 Prozent. Dadurch fallen die Preise um rund 10 Prozent.

STÄRKUNG DER PFLEGE – Wir sorgen für steigende Löhne und spürbar bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege. Mehr Pflegekräfte heißt: mehr Zeit für Zuwendung. Darum schaffen wir in einem ersten Schritt 13.000 neue Stellen für Fachkräfte – ohne Mehrkosten für pflegebedürftige Menschen.

MEHR WOHNUNGSGELD FÜR MEHR HAUSHALTE – Wohnen muss für alle bezahlbar bleiben. Deshalb bekommen Menschen mit wenig Einkommen im neuen Jahr mehr Wohnungsgeld. Außerdem wird das Wohnungsgeld künftig alle zwei Jahre an die Miet- und Verbraucherpreisentwicklung angepasst.

AZUBI-MINDESTLOHN – Wer in 2020 eine Berufsausbildung beginnt, bekommt nun mindestens 515 Euro pro Monat im ersten Lehrjahr. Der Betrag wird in den folgenden Jahren schrittweise weiter erhöht auf bis zu 620 Euro monatlich im ersten Lehrjahr. Auch im zweiten und dritten Ausbildungsjahr gibt es mehr.

KAMPF GEGEN STEUERBETRUG – Seit Januar gilt die Kassenbonnpflicht. Wenn die Händler über elektronische Kassensysteme verfügen, dann müssen sie den Kunden bei jedem Kauf unaufgefordert einen Beleg aushändigen. Damit wird Steuerbetrug mit Mogelkassen einen Riegel vorgeschoben.

STEUERSENKUNG FÜR HYGIENE-PRODUKTE – Viele Menschen haben sich für einen ermäßigten Steuersatz stark gemacht. Für Hygiene-Produkte wie Tampons und Damenbinden sind seit Januar nur noch 7 statt bislang 19 Prozent Mehrwertsteuer fällig.



Olympische Spiele an Rhein und Ruhr – Duisburg und die Rhein-Ruhr-Region können das!

Gastbeitrag von Rainer Bischoff MdB

Mitglied des Sportausschusses, sportpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion NRW



Rainer Bischoff
(Foto: Rainer Bischoff)

Olympische Spiele an Rhein und Ruhr – Duisburg und die Rhein-Ruhr-Region können das!

Ich unterstütze den Olympischen Gedanken, dass Sportlerinnen und Sportler unterschiedlicher Nationen im fairen Wettbewerb gegeneinander antreten. Begeistert von der Idee, dass Gäste aus aller Welt unser weltoffenes und tolerantes Land besuchen und gemeinsam ein Sportfest feiern. Solch ein internationales Großereignis birgt riesige Chancen nicht nur für den Sport, sondern auch für den Wirtschaftsstandort, für den Tourismus sowie für die Infrastruktur, aber vor allem für das Ansehen von Nordrhein-Westfalen, der Rhein-Ruhr-Region und mittendrin unser Duisburg! Eine tolle Vorstellung ist das!

Wichtig ist aber auch ein Olympia der Nachhaltigkeit! Zwei Dinge sind in diesem Zusammenhang sehr bedeutend:

Zum einen eine breite Förderung des Breitensports, denn ohne diesen kann es keinen Spitzensport geben. Grund dafür ist die Befürchtung, dass der Breitensport Gefahr läuft, durch den Spitzensport stärker verdrängt zu werden. Spitzensport und Breitensport hängen miteinander zusammen, ohne den einen gibt es den anderen nicht. Eine Olympiaaustragung würde beide immens in der Region fördern.

Zum anderen ist eine kontinuierliche Förderung des Breitensports und die zeitgemäße Bereitstellung, Weiterentwicklung und Sanierung der Sportstätten unverzichtbar dafür, dass eine Olympiabewerbung auf hohe Akzeptanz in der Bevölkerung stößt. Die Nachhaltigkeit der Bauten und die Nutzung vorhandener Bausubstanz, sei es als olympisches Dorf oder als Austragungsort, müssen im Vordergrund stehen. Dazu gehören auch eine solide Kalkulation und ein sicheres Konzept für die

spätere Nutzung der Gebäude und Austragungsorte.

Duisburg hat sich als Austragungsort unterschiedlicher Meisterschaften wie die Kanu-WM 2019, die World Games 2005 oder auch den alljährlichen Rhein-Ruhr-Marathon schon bewährt. Duisburg hat gezeigt, dass es eine weltoffene Stadt ist. Duisburg hat darüber hinaus auch bewiesen, dass es als austragende Stadt einer Meisterschaft über ein funktionsfähiges Transportsystem verfügt und in der Lage ist, die Athleten und Zuschauer zu den Spielstätten, Trainingsstätten und Übernachtungsmöglichkeiten zu bringen. Die Rhein-Ruhr-Region kann diesbezüglich hohe Synergieeffekte bieten: So ist das Infrastrukturnetz in dieser Region mit seinem gut ausgebauten Bus-, Bahn- und Schienennetz ein sehr großer Vorteil. Zudem sind die Wege für ein Transportsystem innerhalb einer Olympiade durch das gute Autobahnnetz auch gewährleistet.

Nichtsdestotrotz muss aber insgesamt ein Ausbau der Schienenwege, des ÖPNV und auch der Straßen und Parkplätze um



die olympischen Stätten herum stattfinden. Jedoch sind die guten Voraussetzungen gegeben und nicht zu unterschätzen. Zudem ist die Frage bezüglich des Baus eines Leichtathletikstadions in der Rhein-Ruhr-Region noch vorab zu klären.

Wir halten es zudem auch für unabdingbar, dass weit im Vorfeld konkreter Planungen die Bevölkerung gefragt und ernst genommen wird. Nur dann kann Olympia gelingen und wird nicht wie ein unkalkulierbares und beängstigendes Großprojekt empfunden.

Wir sind davon überzeugt, dass Olympia vor allem eine Chance für unser Land, unsere Region und unsere Stadt ist – und kein Risiko.

Besinnlich jecke Zeiten im Bundestag*

Gastbeitrag von Jens Singer als „Schofför der Kanzlerin“



Jens Singer als „Schofför der Kanzlerin“ (Foto: Jens Singer)

BAP-Frontmann Wolfgang Niedeken hat mal gesungen „Der eine freut sich auf Weihnachten, der andere auf Karneval“.

Doch wieso soll man sich da eigentlich entscheiden? Ich freue mich auf beides. Erst weihnachtliche Besinnlichkeit und spätestens nach Heilige Drei Könige „TäTä und Tschingbum“. Wir Rheinländer lieben das Leben und nehmen alles mit.

Denn wie so oft geht es nicht um „entweder oder“, sondern um „sowohl als auch“. Das hat schon Willy Brandt gewusst und der SPD ins Stammbuch geschrieben. Willy war Nordlicht, lud aber regelmäßig die Karnevalisten ins Bonner Kanzleramt ein. Er wusste, es gibt eine Zeit zum Arbeiten und eine zum Feiern oder wie der Kölische sagt: Wä sing Arbeit hätt jedonn, darf sich eine drinke jon!

Ich bin Jurist und war mehrere Jahre im Kanzleramt. Derzeit ar-

beite ich im Herzen des Deutschen Bundestages, im Parlamentssekretariat. Fast immer ist die Tätigkeit anspruchsvoll und selten leichte Kost. Doch seit meiner Schulzeit pflege ich ein kleines Hobby: Ich schreibe gerne Reden und gehe damit im Karneval in die Bütt. In der fünften Jahreszeit schlüpfte ich in die Rolle des „Schofförs der Kanzlerin“. Eine herrliche Abwechslung zur Ernsthaftigkeit des Alltages.

Und damit stehe ich in einer jecken Tradition. Wir Büttredenredner waren immer Karnevalisten, die einen ordentlichen Beruf hatten aber im Karneval für wenige Wochen in eine andere Rolle schlüpften. Auch das unterscheidet uns von den ganzjährig aktiven Comedians.



Vor Jahren hat mich das Festkomitee Köln auf einer Sitzung entdeckt und ich durfte dort eine Ausbildung im Literarischen Komitee genießen. Drei Jahre vollgepackt mit allem, was Büttenredner wissen und können sollten. Es hat sich gelohnt und damit meine ich nicht die Gagen oder Auftritte auf der Prinzenproklamation und in der Fernsehsitzung. Nirgendwo habe ich in meinem Leben so viel positiv beklopfte Menschen kennen gelernt wie im Karneval ... und dabei arbeite ich ja im Bundestag.

Je länger man dieses Hobby pflegt, umso mehr bekommt man einen Blick für die vielen kleinen komischen Situationen. Gerade im Bundestag gibt es davon jede Menge. Um es klar zu sagen, bislang hatte ich noch in keiner dienstlichen Verwendung so viel Inspiration für die Bütt wie hier im Bundestag.

Klar, es gibt schon ein paar Unterschiede zwischen der Politik

und dem Karneval. Von der karnevalistischen Bühne blickt man fast nur in fröhliche Gesichter. Das ist am Rednerpult des Bundestages schon anders, wie Ihnen Mahmut Özdemir bestätigen kann.

Es ist nicht einfach und ein großes Talent, Menschen zum Lachen zu bringen. Im Bundestag haben dieses Talent viele. Vor allem können sie unfreiwillige Komik. Als Büttenredner sagt man sich dann: Das Original kannst Du eigentlich nicht mehr toppen.

Da wird sich vielleicht mancher fragen, wie passt das denn zusammen und darf der das überhaupt. Und dat dä dat darf! Feiner Artikel 5 des Grundgesetzes!

Wir leben einem Land, in dem sich jeder über die Politik lustig machen kann. Das war nicht immer so. Ich höre lieber Cordula Grün als Claudia Roth und darf das auch sagen. Ich genieße

diese Meinungsfreiheit, muss und kann aber auch damit leben, dass mein Humor nicht jedem gefällt. Ein Kontra auszuhalten, gehört zur Demokratie wie zum Skat.

Es passt auch, also Bütt und Beruf, denn im Leben geht oft beides. Sehr häufig muss sich das Parlament mit sehr ernsten Fragen beschäftigen. Doch gerade deswegen ist es wichtig, auch dort Lebensfreude und Humor nicht zu verlieren. Mahmut macht das in Berlin vor.

In diesem Sinne wünsche ich eine herrlich jecke Weihnachtszeit und dann eine gesegnete Session...oder war das andersrum?

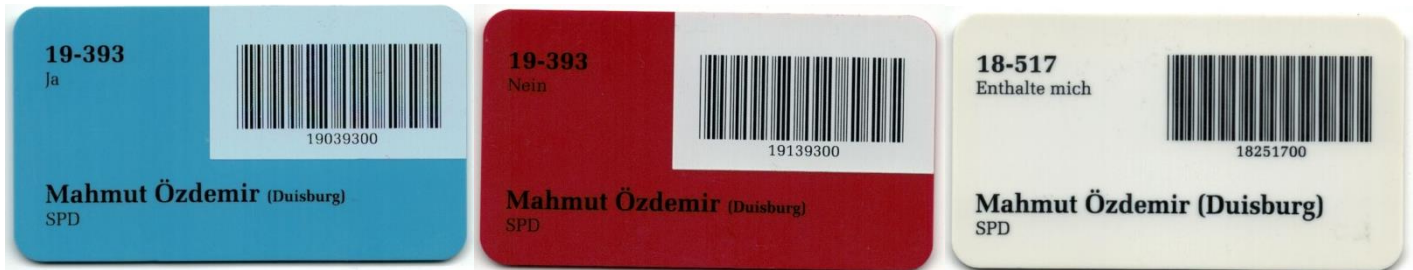
*Dieser Beitrag wurde bereits im Dezember letzten Jahres verfasst und konnte aufgrund von Verzögerungen im Redaktionsablauf erst im neuen Jahr veröffentlicht werden. (Anmerkung der Redaktion)



Übersicht: Treffen mit Interessenvertretern

Als Bundestagsabgeordneter nimmt Mahmut Özdemir, MdB Treffen mit den verschiedensten Interessenvertretern wahr. In Fachgesprächen wird hierbei eventueller politischer Handlungsbedarf erörtert. Gute Kontakte zu den am jeweiligen Fachbereich des Abgeordneten beteiligten Interessengruppen sind eine wichtige Arbeitsgrundlage. Allerdings muss diese Zusammenarbeit immer im Dienste des Mandats – für die und zugunsten der Bevölkerung – stehen. In diesem Sinne hat Mahmut Özdemir versprochen, alle seine Gespräche mit Interessenvertretern öffentlich zu dokumentieren.

10. September 2019	Martin Henricke, Ministerialdirigent a. D., Mitglied des Arbeitskreises Nachhaltige Strukturpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung Max Ostermayer, Referent für Klima-, Umwelt-, Energie- und Strukturpolitik in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung und Leiter des Arbeitskreises Nachhaltige Strukturpolitik
11. September 2019	Paramita Tripathi, stellvertretende Missionschefin der Indischen Botschaft
11. September 2019	Ralph Beisel, Hauptgeschäftsführer des Flughafenverbandes ADV Jens Gerlich, Leiter Politische Kommunikation Flughafenverband ADV Fabian Zachel, Head of Public Affairs des Flughafen Düsseldorf
20. September 2019	Dr. Andrä Gärber, Abteilungsleiter Wirtschafts- und Sozialpolitik (WiSo) bei der Friedrich-Ebert-Stiftung
30. Oktober 2019	Prof. Dr. Jochen A. Werner, ärztlicher Direktor des Universitätsklinikums Essen
06. November 2019	Job Janssen, Politikreferent der Botschaft des Königreichs der Niederlande
22. November 2019	Konrad Donaubauer, Leiter der kirchlichen Jugendeinrichtung Haus 45



Namentliche Abstimmungen

Die Teilnahme an Namentlichen Abstimmungen gehört für alle Bundestagsabgeordneten zum Alltag einer Sitzungswoche. Hier können Sie nachlesen, wie Ihr MdB im Einzelnen abgestimmt hat.

26.09.2019	Beschlussempfehlung zu Antrag FDP "Weltweit mehr Wald für den Klimaschutz") Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (16. Ausschuss) zu dem Antrag der FDP: Weltweit mehr Wald für den Klimaschutz - Drucksachen 19/9226 und 19/11305 -	Ja
26.09.2019	Änderungsantrag der AfD - Stasi-Unterlagen-Gesetz Änderungsantrag der Fraktion der AfD zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes - Drucksachen 19/11329, 19/13577 und 19/13586 -	Nein
26.09.2019	Gesetzentwurf deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration Gesetzentwurf der Bundesregierung - Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 22. Januar 2019 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration - Drucksachen 19/10051, 19/10519, und 19/13579 -	Ja
26.09.2019	Entschließungsantrag der AfD zu Gesetzentwurf deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration Entschließungsantrag der Fraktion der AfD zu der zweiten Beratung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung - Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 22. Januar 2019 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch -französische Zusammenarbeit und Integration - Drucksachen 19/10051, 19/10519, 19/11247 Nr. 1, 19/13579 und 19/13587 -	Nein



26.09.2019	Antrag CDU/CSU, SPD - EU-Beitrittsantrag Nordmazedoniens Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD - Einvernehmensherstellung von Bundestag und Bundesregierung zum Beitrittsantrag der Republik Nordmazedonien zur Europäischen Union und zur Empfehlung von Europäischer Kommission und Hoher Vertreterin vom 29. Mai 2019 zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen - Drucksache 19/13508 -	Ja
26.09.2019	Antrag CDU/CSU, SPD - EU-Beitrittsantrag Albanien Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD - Einvernehmensherstellung von Bundestag und Bundesregierung zum Beitrittsantrag der Republik Albanien zur Europäischen Union und zur Empfehlung von Europäischer Kommission und Hoher Vertreterin vom 29. Mai 2019 zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen - Drucksache 19/13509 -	Ja
17.10.2019	Entschließungsantrag Die Linke zur Regierungserklärung Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 17./18. Oktober 2019 in Brüssel - Drucksache 19/14109 -	Nein
17.10.2019	Verkehrspolitik Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Allgemeine Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h auf Bundesautobahnen einführen - Drucksachen 19/9948 und 19/14000 -	Ja
18.10.2019	Gesetzentwurf der CDU/CSU und SPD zur Änderung des Grundgesetzes - Grundsteuerreform Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 72,105 und 125b) - Drucksachen 19/11084, 19/14136 und 19/14157 -	Ja
18.10.2019	Beschlussempfehlung zum Antrag Die Linke - Grundsteuer Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (6. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Grundsteuer nicht länger auf Mieterinnen und Mieter umlegen - Drucksachen 19/8358 und 19/14118 -	Ja
24.10.2019	Beschlussempfehlung zu Bundeswehreinsatz zur Bekämpfung des IS-Terrors Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung: Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte - Stabilisierung sichern, Wiedererstarben des IS verhindern, Versöhnung fördern in Irak und Syrien - Drucksachen 19/13290 und 19/14287 -	Ja



24.10.2019	Russlandpolitik Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der AfD Für eine neue Russlandpolitik - Kooperation statt Konfrontation - Drucksachen 19/7427 und 19/11185 -	Ja
24.10.2019	Wettbewerbsfähige Landwirtschaft Antrag der Fraktion der FDP Fachlich fundierte und europäisch einheitliche Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft mit Zukunft - Drucksache 19/14343 -	Nein
07.11.2019	Änderungsantrag der FDP (19/14882) Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Florian Toncar, Christian Dürr, Frank Schäffler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP - Drucksache 19/14882 –	Nein
07.11.2019	Änderungsantrag der FDP (19/14883) Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Florian Toncar, Christian Dürr, Frank Schäffler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP - Drucksache 19/14883 -	Nein
13.11.2019	Änderungsantrag zu Direktzahlungen-Durchführungsgesetz Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes - Drucksachen 19/13960, 19/14385, 19/14745 und 19/14892 -	Nein
13.11.2019	Gesetzentwurf Direktzahlungen-Durchführungsgesetz Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes - Drucksachen 19/13960, 19/14385 und 19/14745 -	Ja
14.11.2019	Gesetzentwurf der Bundesregierung: Solidaritätszuschlag Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Rückführung des Solidaritätszuschlags 1995 - Drucksachen 19/14103 und 19/15152 -	Ja



14.11.2019	Gesetzentwurf der FDP: Abschaffung des Solidaritätszuschlags Gesetzentwurf der Abgeordneten Christian Dürr, Dr. Florian Toncar, Frank Schäffler, Bettina Stark-Watzinger, Markus Herbrand, Katja Hessel und der Fraktion der FDP: Entwurf eines Gesetzes zur vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags - Drucksache 19/14286 -	Nein
14.11.2019	Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Antrag 19/4898 Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (7. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Stefan Keuter, Albrecht Glaser, Kay Gottschalk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD: Abschaffung des Solidaritätszuschlaggesetzes - Drucksachen 19/4898 und 19/15152 -	Ja
14.11.2019	Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (7. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion der FDP Erhalt und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch eine moderne Unternehmensbesteuerung - Drucksachen 19/7898 und 19/14304 -	Ja
14.11.2019	Stärkung der Impfprävention (Masernschutz) Gesetzentwurf der Bundesregierung für den Schutz vor Masern und zur Stärkung der Impfprävention (Masernschutzgesetz) - Drucksachen 19/13452, 19/13826 und 19/15164 -	Ja
14.11.2019	Beschlussempfehlung zu Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion der AfD: Den Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel wirksam reduzieren - Drucksachen 19/7429 und 19/8462 -	Ja
14.11.2019	Beschlussempfehlung zu Verbot von Tierexporten Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion der AfD: Verbot von Tierexporten aus Deutschland - Insbesondere in Nicht-EU-Länder, bei nicht EU-rechtskonformen Transport-, Haltungs- und Schlachtbedingungen sowie Sicherstellung der Einhaltung der EU-Tiertransportvorgaben auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und Ausarbeitung von geeigneten Straf- beziehungsweise Ordnungswidrigkeiten für Verstöße gegen die EU-Tiertransportvorgaben - Drucksachen 19/5532 und 19/9107 -	Ja
15.11.2019	Änderung des Luftverkehrsteuergesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Luftverkehrsteuergesetzes - Drucksachen 19/14339, 19/15126 und 19/15239 -	Ja



26.11.2019	Änderungsantrag zu Einzelplan 16 (Umweltministerium) Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 19/15464 zu der zweiten Beratung der Gesetzentwürfe der Bundesregierung über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) - Drucksachen 19/11800, 19/11802, 19/13915, 19/13924, 19/13925 und 19/13926 sowie 19/13800, 19/13801 und 19/13802 -	Nein
27.11.2019	Einzelplan 04 - Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes Entwürfe der Gesetze über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) - Drucksachen 19/11800 und 19/11802 sowie 19/11800, 19/11802, 19/13800, 19/13801, 19/13802, 19/13924 und 19/13925 -	Ja
29.11.2019	Einzelplan 14 (Verteidigung) - Entschließungsantrag AfD Entschließungsantrag der Fraktion der AfD auf zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung - Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) - Drucksachen 19/15507, 19/11800, 19/11802, 19/13913, 19/13924, 19/13925 und 19/13926 sowie 19/13800, 19/13801 und 19/13802 -	Nein
29.11.2019	Haushaltsjahr 2020 Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsjahr 2020) verbunden mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Ergänzung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 - Drucksachen 19/11800, 19/11802, 19/13800, 19/13801, 19/13902, 19/13905, 19/13406, 19/13907, 19/13909, 19/13911 bis 19/13916, 19/13417, 19/13418, 19/13920, 19/13922 bis 19/13927 -	Ja
29.11.2019	Einzelplan 60 (Allgemeine Finanzverwaltung) - Entschließungsantrag AfD Entschließungsantrag der Fraktion der AfD auf Drs. 19/15512 zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) - Drucksachen 19/11800, 19/11802, 19/13923, 19/13925 und 19/13926 sowie 19/13800, 19/13801 und 19/13802 -	Nein
19.12.2019	Föderale Sicherheitsarchitektur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Benjamin Strasser, Konstantin Kuhle, Stephan Thomae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: Terrorismus effektiv bekämpfen, Verantwortlichkeiten klären - Einsetzung einer Kommission zur Reform der föderalen Sicherheitsarchitektur - Drucksache 19/7424 und 19/15129 -	Ja



19.12.2019	Vorgehen gegen die Hisbollah Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Beatrix von Storch, Marc Bernhard, Stephan Brandner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD: Verbot der Hisbollah - Drucksachen 19/10624 und 19/16145 -	Ja
19.12.2019	Gesetz zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 im Steuerrecht Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 im Steuerrecht - Drucksachen 19/14338, 19/15125, 19/15157, 19/15229, 19/15637 und 19/16060 -	Ja
19.12.2019	Gesetzentwurf Bundesregierung: Änderung Bundesnaturschutzgesetzes Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes - Drucksachen 19/10899, 19/13289 und 19/16148 -	Ja
19.12.2019	Entschließungsantrag Die Linke: Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Ralph Lenkert, Dr. Gesine Löttsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes - Drucksachen 19/10899, 19/13289, 19/16148 und 19/16151 -	Nein
19.12.2019	Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zum Wolfsmanagement Gesetzentwurf der Abgeordneten Karlheinz Busen, Frank Sitta, Nicole Bauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: Entwurf eines Gesetzes zum Wolfsmanagement - Drucksachen 19/10792 und 19/16147 -	Nein
20.12.2019	Beschlussempfehlung des Verteidigungsausschusses zum Antrag der FDP Beschlussempfehlung des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Marcus Faber, Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP - Drucksachen 19/15675 und 19/16149 -	Ja
20.12.2019	Antrag DIE LINKE: Keine Anschaffung, sondern Ächtung bewaffneter Drohnen Antrag der Abgeordneten Tobias Pflüger, Andrej Hunko, Heike Hänsel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Keine Anschaffung, sondern Ächtung bewaffneter Drohnen - Drucksache 19/16041 -	Nein



Pressemitteilungen

Mahmut Özdemir informiert die Bürgerinnen und Bürger über seine politische Arbeit unter anderem durch die Veröffentlichungen von Pressemitteilungen. Nachfolgend finden Sie die herausgegebenen Pressemitteilungen der vergangenen Monate in chronologischer Ordnung.

Duisburger MdB Bärbel Bas und Mahmut Özdemir – Mit Staatsministerin Michelle Müntefering im MKM Museum Küppersmühle

Duisburg, 20.09.19 – Im Rahmen einer Kulturtour Ruhrgebiet besuchte die Staatsministerin im Auswärtigen Amt Michelle Müntefering gemeinsam mit den beiden Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir das MKM Museum Küppersmühle und die Ausstellung "Melting Pott" von Till Brönner.

Mit der Kulturtour Ruhrgebiet, die von den Ruhrgebiets-MdBs der SPD-Bundestagsfraktion organisiert wurde, wollen die Abgeordneten die Bedeutung des Ruhrgebiets als internationaler Kulturstandort deutlich machen. "Ohne Kunst und Kultur kann gesellschaftlicher Wandel nicht verarbeitet und gestaltet werden. Über Kunst und Kultur kann sich die Gesellschaft - auch über Landesgrenzen hinweg - mit Fragen und Antworten zu den Themen unserer Zeit auseinandersetzen", erklärte Michelle Müntefering, die als Staatsministerin im Auswärtigen Amt für die Internationale Kulturpolitik

zuständig ist. "Dies ist ein wichtiger Beitrag, den die Kultur- und Bildungseinrichtungen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für unsere Gesellschaft leisten. Er soll mit dieser Kulturtour sichtbar gemacht werden."



"Die Ausstellung 'Melting Pott' zeigt, dass wir im Ruhrgebiet in einem Schmelztiegel leben, der seine ganz eigene Identität entwickelt hat", beschreibt Bärbel Bas ihren Eindruck. "Eine solche Auseinandersetzung mit unserer Identität brauchen wir, um im fortschreitenden gesellschaftlichen Wandel die Orientierung zu behalten." Auch

Mahmut Özdemir war beeindruckt von der Ausstellung "Melting Pott": "Nicht nur mit dieser Ausstellung unterstreicht das MKM Museum Küppersmühle, dass Duisburg ein wichtiger Kulturstandort ist, der in einer Liga mit Hamburg und Berlin spielt. Die wichtigsten Werke gehen von Duisburg aus als Leihgabe an viele renommierte Museen. Das macht einen schon stolz. Wer mal in Duisburg ist, sollte da unbedingt vorbei schauen."

Neben dem MKM Museum Küppersmühle standen die UNESCO-Projektschule Ricarda-Huch-Gymnasium in Gelsenkirchen, das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk in Dortmund und die Eröffnung der Sonderausstellung "Pest" des Westfälischen Landesmuseums Herne auf dem Programm der Kulturtour.



Innenpolitiker Mahmut Özdemir auf Nachtstreife mit der Duisburger Polizei

Duisburg, 14.10.19 – Am vergangenen Freitag begleitete Mahmut Özdemir, SPD-Bundestagsabgeordneter für den Duisburger Norden und Nordwesten, die Polizeistreife der Wache Duisburg-Hamborn bei ihrem nächtlichen Einsatz. Özdemir nutzte den Austausch mit den Polizistinnen und Polizisten, um sich einen Eindruck von den Gegebenheiten auf der Straße und in der örtlichen Dienststelle zu machen.

„Die Beamtinnen und Beamten leisten tagtäglich einen wichtigen Dienst. Mit meinem Besuch am vergangenen Freitag möchte ich meine Wertschätzung dafür ausdrücken. Als Mitglied des Innen-ausschusses im Deutschen Bundestag bin ich seit langem mit sicherheitspolitischen Themen betraut. Mir ist

wichtig, dass unsere Polizistinnen und Polizisten, die täglich mit Leib und Leben im Einsatz sind, personell und materiell so ausgestattet sind, dass sie ihre Arbeit bestmöglich und effektiv erledigen können. In Zeiten von Cyberkriminalität bedeutet dies, dass wir aktuelle Digitalstandards ebenso bedenken wie die physische Ausstattungen der Polizeifahrzeuge“, so Mahmut Özdemir.

In regelmäßigen Abständen sucht der Innenpolitiker daher den direkten Austausch vor Ort, um über aktuelle Bedarfe der Polizistinnen und Polizisten stets im Bilde zu sein und die gewonnenen Erkenntnisse in seine politische Arbeit einbringen zu können.

Neben der Gewährleistung der Inneren Sicherheit sieht Özdemir einen weiteren Faktor als entscheidend an: „Ohne soziale Sicherheit kann es keine Innere Sicherheit geben. Ich bin davon überzeugt, dass fehlende Sozialstrukturen Auslöser für Straftaten sein können. Daher betrachten wir in der SPD-Bundestagsfraktion die Kombination aus staatlichen Sozial- und Präventivmaßnahmen bei einer lückenlosen Durchsetzung unseres Rechtsstaats als gewinnbringende Formel für eine effiziente Polizeiarbeit. Die SPD steht für eine verlässliche und vernünftige Sicherheitspolitik für alle – und nicht nur für die, die sie sich leisten können. Dazu braucht es einen handlungsfähigen Staat.“

Duisburger MdB Bärbel Bas und Mahmut Özdemir – SPD-Bundestagsabgeordnete aus den 20 größten Stahlstandorten Deutschlands kämpfen gemeinsam für die Stahlstandorte

Duisburg/Berlin, 29.11.19 – Die SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir haben sich heute mit den

SPD-Bundestagsabgeordneten aus den 20 größten Stahlstandorten Deutschlands zusammengeschlossen, um gemeinsam

für den Erhalt der Standorte und der Arbeitsplätze zu kämpfen. "Wir wollen gemeinsam deutlich



machen, dass unsere Stahlstandorte dann eine Zukunft haben, wenn Politik, Beschäftigte und vor allem auch die Unternehmen zum Erhalt der Standorte zusammenarbeiten", so die beiden Duisburger Abgeordneten.

"Wir sind bereit, die Betriebe zu unterstützen, die Forschung voranzutreiben, notwendige Investitionen zu unterstützen und Arbeitsplätze zu sichern", erklärt Bärbel Bas. "Wir erwarten aber auch, dass sich die Unternehmen zum Stahlstandort Deutschland bekennen und ihrerseits notwendige Investitionen zum Erhalt der Standorte tätigen. Die Unternehmen tragen eine große Verantwortung. Wir erwarten, dass die Unternehmen sich ihrer Verantwortung gegenüber der Belegschaft bewusst sind und mit den Betriebsräten zusammenarbeiten. An erster Stelle steht für uns der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen."

Mahmut Özdemir ergänzt: "Wir wollen, dass keine Region auf der Strecke bleibt. Eine zukunftsfähige Stahlindustrie sichert auch in Zukunft gute und mitbestimmte Arbeitsplätze." Die Stahlindustrie müsse natürlich klimafreundlicher werden. "Klimaschutz kann aber nicht heißen, dass wir aus der Stahlproduktion aussteigen und dafür Stahl importieren, der mit mehr CO2-Emissionen produziert wurde. Wir wollen nicht, dass der Klimawandel auf dem Rücken der Beschäftigten bewältigt wird. Wir nehmen das Kuppelgas aus dem Hochofen und der Kokerei in Marxloh-Schwelgern, bringen es nach Laar ins Kraftwerk und verstromen es dort für die Eigenbedarfe. Von der Bedeutung für Fernwärme ganz zu schweigen. Solange uns das in Europa keiner mit dieser Effizienz nachmacht, setzen wir den Maßstab und wollen weiter an Innovationen tüfteln, um den Kindern und

Enkeln der Beschäftigten die Arbeitsplätze von morgen und übermorgen zu bereiten."

Zusammen mit den Stahlarbeiterinnen und Stahlarbeitern werden Bärbel Bas und Mahmut Özdemir am nächsten Dienstag in Duisburg auf die Straße gehen. Die Beschäftigten fordern Investitionen in die Zukunft des Stahlstandorts Duisburg und den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen und Schließungen. Da bei werden sie Seit' von der SPD Duisburg und den zwei Duisburger Bundestagsabgeordneten unterstützt.

Gemeinsam haben die Bundestagsabgeordneten aus den 20 größten Stahlstandorten vereinbart, die Zukunft der deutschen Stahlindustrie beim SPD-Bundesparteitag, der am 6. Dezember beginnt, auf die Tagesordnung zu bringen.

Duisburger MdB Bärbel Bas und Mahmut Özdemir – SPD-Einsatz erfolgreich: 72 Stellen für Schleusen gehen ins Ruhrgebiet

Duisburg/Berlin, 20.12.19 – Gute Nachrichten kurz vor Weihnachten: „Wir stärken zum neuen Jahr 2020 die Wasser-

und Schifffahrtsverwaltungen (WSV) im Ruhrgebiet und schaffen weitere 72 Stellen für Infrastrukturmaßnahmen an unseren

Schleusen“, erklären die Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir.



Zusammen mit den SPD-Bundestagsabgeordneten aus dem Ruhrgebiet hatten beide bereits am 8. Oktober in einem weiteren Brief an Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer gefordert, mehr Planstellen für die WSV ins Ruhrgebiet zu entsenden und auch für eine zeitnahe Besetzung dieser Stellen zu sorgen. Das Ruhrgebiet brauche dringend ein Infrastrukturprogramm Wasserstraße, das den Investitionsstau der vergangenen Jahrzehnte durchbricht. Im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hatte das Bundesverkehrsministerium dann Ende November auf Antrag des Sprechers der Ruhr-SPD-MdB, Michael Groß, zugesagt, neue Stellen bei der Wasserschifffahrtsverwaltung im Ruhrgebiet zu besetzen.

Jetzt hat das Bundesverkehrsministerium in seiner Antwort

auf den Brief der 16 SPD-Ruhrgebietsabgeordneten schriftlich bestätigt, dass ab 2020 weitere 72 Stellen für Infrastrukturmaßnahmen im Ruhrgebiet zur Verfügung stehen. Konkret werden 54 Stellen für Maßnahmen im Westdeutschen Kanalnetz (insbesondere am Weser-Datteln-Kanal), 10 Stellen für Infrastrukturmaßnahmen am Rhein und 8 Stellen für den Dortmund-Ems-Kanal eingesetzt. Bereits in den Jahren 2018 und 2019 waren auf Druck der SPD-Abgeordneten 35 Stellen für prioritäre Maßnahmen in NRW bereitgestellt worden.

„Nicht zuletzt beim Schleusengipfel im April 2019 konnte man sich davon ein Bild machen, dass die Zustände an den Schleusen und Wehranlagen im Ruhrgebiet katastrophal sind und die Personalsituation dazu führt, dass bauliche Maßnahme

gar nicht oder nur schleppend vorankommen. Die neuen Stellen werden für neuen Schwung sorgen, den Ausbau/die Sanierung des Kanalnetzes vorantreiben und auch die Sicherheit erhöhen. Unsere Unternehmen in der Region sind darauf angewiesen, intakte Wasserstraßen nutzen zu können“, so Mahmut Özdemir MdB.

Bärbel Bas MdB betont aber: „Wir werden sehr genau bei CSU-Verkehrsminister Scheuer darauf achten, dass die Planstellen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern wirklich dort eingesetzt werden, wo sie am nötigsten gebraucht werden. Es muss Schluss sein mit der bisherigen Personalankündigungs politik von Herrn Scheuer. Wir brauchen endlich konkrete Taten und Personal vor Ort.“



Özdemir on Tour

Eindrücke aus den Terminen des Bundestagsabgeordneten Mahmut Özdemir



27.07.2019

Christopher-Street-Day (CSD) in Duisburg gemeinsam mit gut gelaunten Genossinnen und Genossen



30.07.2019

Treffen mit den Kandidatinnen und Kandidaten des Parlamentarischen Patenschaft-Programms (PPP) vor ihrer Ausreise in die USA



19.09.2019

Besuch der Ausstellung „Melting Pott“ von Till Brönner mit Bärbel Bas MdB und Michelle Müntefering MdB im MKM Museum Duisburg

(Foto: Michelle Müntefering MdB)



06.10.2019

Selfie mit den Duisburger Landtagsabgeordneten Sarah Philipp, Frank Börner und Ralf Jäger auf der Regionalkonferenz für den Parteivorsitz in der Mercatorhalle



11.10.2019

Auf Nachtstreife mit der Polizei Duisburg in Hamborn



30.10.2019

Fraktion vor Ort zum Thema Datenschutz mit meinen Gästen: Juristin Christine Steffen (Verbraucherzentrale NRW), dem Bundesdatenschutzbeauftragten Ulrich Kelber und Bärbel Bas MdB



21.11.2019

Umringt von neugierigen Kindern beim Vorlesetag in der Homberger KiTa In den Haesen



22.11.2019

Besuch des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier im Duisburger Hafen
(Foto: duisport/Frank Reinhold)



03.12.2019

Bei der Demo „5 vor 12“ an der Seite der Thyssen-Krupp-Beschäftigten
(Foto: Udo Milbret)



16.12.2019

Spatenstich für den Baubeginn der Rheinbrücke Duisburg-Neuenkamp und den Ausbau der A40
(Foto: Caroline Schlüter)



05.01.2020

Mit dem Duisburger Oberbürgermeister Sören Link bei der Kinderprinzenkürung im Hotel Montan



08.01.2020

Ein Sektchen geht immer – Neujahrsempfang der AWO Bееck



Unsere politischen Bildungsfahrten nach Berlin im September & Dezember 2019

von Carolina Klimaschka – persönliche Referentin im Duisburger Wahlkreisbüro von Mahmut Özdemir MdB

Mehrmals im Jahr erhalten Mitglieder des Bundestages die Möglichkeit, politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern aus ihrem Wahlkreis einen Einblick in ihre Arbeit im Bundestag zu geben.



Mahmut Özdemir MdB mit seiner Besuchergruppe aus September 2019

Unsere beiden politischen Bildungsfahrten nach Berlin in der zweiten Jahreshälfte hielten wieder einige Highlights für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bereit – angefangen bei der Ankunft, denn Mahmut Özdemir MdB begrüßte seine Gäste persönlich am Bahnsteig und verteilte Schokolade.

Im Anschluss ging es dann sofort zum Deutschen Bundestag, wo noch einmal ein offizielles Gespräch mit Herrn Özdemir MdB stattfand und man sich über lokale und bundespolitische Themen ausgetauscht hat.

Weitere Programmpunkte der jeweils viertägigen Bildungsreisen waren Besuche der Willy-Brandt-Stiftung, des Willy-Brandt-Hauses, der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen und Museumsbesuche rund um die Geschichte der Hauptstadt. Ergänzend dazu hielten

die Stadtrundfahrten noch mehr Wissenswertes über Berlin bereit und führten die Gruppen an viele historische Orte.

Gekrönt wurden beide Reisen von einem Besuch im Bundeskanzleramt. Dieses bot nämlich nicht nur eine interessante Führung, sondern auch flüchtige Begegnungen mit vorbeihuschenden Ministerinnen und Ministern und sogar der Kanzlerin auf ihrem Weg zu einem Gipfeltreffen.

Alles in allem konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beider Fahrten nach Ihrer Rückkehr in die Duisburger Heimat von vielen Eindrücken und Erlebnissen berichten.



Mahmut Özdemir MdB mit seiner Besuchergruppe aus Dezember 2019